

Kosovo

Tobias Flessenkemper*

Am 17. Februar 2018 feierte die Republik Kosovo den 10. Jahrestag der Unabhängigkeit von Serbien. Trotz der lang ersehnten Freischaltung der eigenen Telefonvorwahlnummer +383 war der Jahrestag überschattet von einer schleppenden wirtschaftlichen Entwicklung und dem Gefühl der Perspektivlosigkeit der jugendlichen Bevölkerungsmehrheit. Die seit 2017 von Ministerpräsident Ramush Haradinaj geführte Regierung kann kaum greifbare EU-Fortschritte vorweisen. Serbien erkennt die Unabhängigkeit Kosovos weiterhin nicht an, daher leitet die EU seit Anfang 2011 einen Dialog zwischen Kosovo und Serbien. Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini möchte mit dem Dialog zur Normalisierung beitragen. Seit 2017 fand der Dialog auf Ebene von Präsident Hashim Thaçi und auf serbischer Seite von Präsident Aleksandar Vučić statt. Am 18. Juli 2018 bestätigte die Kommission, dass Kosovo ausstehende Bedingungen für die Aufhebung der Visapflicht erfüllt hat. Damit liegt die Entscheidung über die Visaliberalisierung beim Europäischen Parlament und dem Rat der Europäischen Union.

EU-Integration

Seit 2008 unterstützt die Europäische Union mit Mitteln der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) Polizei und Justiz. Die Aufgaben der EU-Rechtsstaatsmission im Kosovo (EULEX Kosovo) wurden vom Rat am 8. Juni 2018 neu definiert und die Laufzeit der Mission zum fünften Mal, nunmehr bis 14. Juni 2020, verlängert. Internationale Richter und Staatsanwälte sind nicht mehr im kosovarischen Rechtssystem tätig. EULEX hat nun eine rein beratende Rolle. Als Missionschefin wurde Alexandra Papadopoulou, eine griechische Diplomatin, ebenfalls bis zum 14. Juni 2019 verlängert. Die bulgarische Diplomatin Nataliya Apostolova wurde als EU-Sonderbeauftragte bis zum 29. Februar 2020 verlängert und leitet das EU-Büro in Prishtina. Die rechtliche Eigenständigkeit und der Aufbau tragfähiger staatlicher Strukturen in Kosovo ist Ziel der EU-Politik. Den rechtlichen Rahmen bietet das im April 2016 in Kraft getretene Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA). Seit November 2016 setzt die Regierung von Kosovo ohne Schwung eine Europäische Reform Agenda (ERA) um. Der seit September 2017 amtierenden Koalition ist es am 21. März 2018, nach mehr als zwei Jahren Blockade, gelungen, das Grenzabkommen mit Montenegro zu ratifizieren. Neben besserer Kriminalitätsbekämpfung war es eine Bedingung für die Visaliberalisierung. Am 18. Juli 2018 hat die Europäische Kommission bestätigt, dass diese nun erfüllt sind. Das Europäische Parlament hat am 13. September 2018 mit 420 Stimmen dafür und 186 dagegen dem Kommissionsvorschlag vom 4. Mai 2016 für die Visaliberalisierung zugestimmt. Der Rat sollte vor den Europawahlen im Mai 2019 entscheiden. Es ist unklar, ob die notwendige qualifizierte Mehrheit vorhanden ist. Eine weitere Forderung der Europäischen Union ist die Arbeit der „Specialist Chambers“ in Den Haag, die bestimmte Strafsachen im Umfeld des Krieges 1999 ermitteln soll. Im Dezember 2017 debattierte das Parlament die Aufhebung des Gesetzes zur

* Der Beitrag gibt ausschließlich die Sicht des Autors wieder. Der Beitrag wurde vor dem 30. September 2018 verfasst.

Errichtung dieser extraterritorialen Sondergerichtsbarkeit. Präsident Thaçi erwog, seine Unterschrift unter die Aufhebung des Gesetzes zu setzen. Obschon nicht direkt mit der Visaliberalisierung verbunden, wird die Umsetzung dieser Verpflichtung in die Entscheidungsfindung des Rats einfließen.

Dialog mit Serbien

Zentrales politisches Instrument ist der von Mogherini geführte Dialog über die Normalisierung zwischen Kosovo und Serbien. Eine Normalisierung ist unabdingbar für die jeweilige EU-Integration. Für Serbien ist die Lage komplizierter als für Kosovo, da der serbische Anspruch auf das Territorium eines anderen Landes mit der EU-Mitgliedschaft unvereinbar ist. Die fünf EU-Mitgliedstaaten, die die Unabhängigkeit der Republik Kosovo nicht anerkennen,¹ bestehen ebenfalls auf der Trennung des serbischen Rechtsgebiets von Kosovo. Spannungen existieren in Nordkosovo, wo Polizei, Justiz und Verwaltung parallel von serbischen Staatsstrukturen finanziert werden. Abkommen zur vollständigen Integration in die Strukturen der Republik Kosovo wurden schleppend und in der Verwaltung teilweise gar nicht umgesetzt.

Am 16. Januar 2018 wurde der serbisch-kosovarische Politiker Oliver Ivanović ermordet. Ivanović setzte sich für die Integration der SerbInnen in die Strukturen Kosovos ein. Die Ermittlungen blieben bislang ergebnislos. Die Tat diente Belgrad als Anlass, das Dialogtreffen im Januar abzusagen. Der Dialog wurde erst am 23. März 2018 fortgesetzt. Wie beim Folgetreffen am 24. Juni 2018 war die Umsetzung der Vereinbarungen von 2013 Thema. Zum Treffen am 18. Juli 2018 versprach Mogherini unvermittelt ein höheres „Tempo der Verhandlungen“. Abgestimmt mit ihr und mit EU-Erweiterungskommissar Johannes Hahn überraschten Thaçi und Vučić am 25. August 2018 beim Europäischen Forum Alpbach mit der Idee eines Gebietstausches als Lösung ihres Streits. Beim Gymnich-Treffen am 30./31. August 2018 in Wien lehnte eine Mehrheit der EU-AußenministerInnen die Idee konsterniert ab. Angesichts scharfer Kritik distanzierte sich dann Präsident Thaçi wieder von ihr. Anders als geplant kam so am 7. September 2018 kein Dialogtreffen zustande. Mogherini vermochte keine Einigkeit der Rates zu sichern. Ein erfolgreicher Abschluss des Dialogs vor Ende ihres Mandats scheint unwahrscheinlich.

Ausblick

Die europäische und regionale Integration schreitet trotz der kontroversen Gebietstauschdebatte, die im Sommer 2018 losgetreten wurde, voran. Prioritäten für das Land bleiben die Umsetzung des SAA, die Visaliberalisierung und der Aufbau eines demokratischen Rechtsstaats. Mogherini trägt die Verantwortung dafür, den Dialog mit Serbien wieder mit den wesentlichen Fragen der Normalisierung zu befassen. Ob dies vor den Europawahlen im Mai 2019 gelingen kann, ist fraglich und damit die Perspektive für eine Intensivierung der EU-Integration Kosovos.

Weiterführende Literatur

Adelheid Wöflf: +383 Prishtina Calling – Kosovo zehn Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung, in: Südosteuropa Mitteilungen 1/2018, S. 6-19.

1 2018 haben 114 Staaten die Republik Kosovo anerkannt. Die EU-Mitgliedstaaten Griechenland, Rumänien, Spanien, die Slowakische Republik und die Republik Zypern haben Kosovo nicht erkannt. Vgl. Republic of Kosovo Ministry of Foreign Affairs: International Recognitions of the Republic of Kosovo, abrufbar unter: <http://mfa-ks.net/en/politika/483/njohjet-ndrkombtare-t-republiks-s-kosovs/483> (letzter Zugriff: 15.9.2018).